**KfW Development Research**
Entwicklungspolitik Kompakt

Bank aus Verantwortung

# Wirtschaftswachstum neu denken

Ausgabe 06, 02. Juli 2025 // Autorin: Valentina Leal Cepeda, Redaktion: Heide Kühlken

In vielen Ländern steht das Wirtschaftswachstum im Zentrum wirtschaftspolitischer Strategien. Maßnahmen zur Förderung von Inklusion und Chancengleichheit treten dabei häufig in den Hintergrund. Verschiedene Studien zeigen jedoch, dass Wirtschaftswachstum nicht automatisch zu mehr Wohlstand für alle führt. Zentrale Probleme wie multidimensionale Armut, ungleiche Einkommensverteilung und ein hoher Ressourcenverbrauch bleiben oft unberücksichtigt. Daher stellt sich die Frage, ob Wirtschaftswachstum tatsächlich das primäre Ziel sein sollte oder ob es nicht an der Zeit ist, ein neues Verständnis von Fortschritt und Wohlstand zu entwickeln.

## Armut durch Wachstum überwindbar?

Die Vorstellung, Armut ließe sich allein durch wirtschaftliches Wachstum und anschließende Umverteilung bekämpfen, greift zu kurz. Traditionelle Strategien stützen sich vor allem auf das Bruttoinlandsprodukt als Hauptindikator. Doch dieser Ansatz ignoriert zum einen entscheidende Dimensionen von Armut, wie mangelnden Zugang zu Bildung, Gesundheit oder die eingeschränkte Verwirklichung von Menschenrechten. Zum anderen zeigt auch die Realität: Trotz wirtschaftlicher Expansion in vielen Ländern bleibt extreme Armut ein globales Problem. Laut der Weltbank werden im Jahr 2030 voraussichtlich noch immer rund 575 Millionen Menschen in extremer Armut leben. Außerdem ist es trotz Wachstum nicht gelungen ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen. Lange Zeit war die Annahme verbreitet, dass wirtschaftliches Wachstum notwendig sei, um die durch steigende Produktivität freigesetzte Arbeitskraft wieder aufzunehmen und so Armut zu bekämpfen. Doch in den vergangenen Jahren hat unter anderem der UN-Menschenrechtsrat darauf hingewiesen, dass der Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und Beschäftigungsquote zunehmend an Stärke verliert. So lag die Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungszuwachs in den OECD-Ländern seit 2012 bei nur 0,34, ein deutliches Zeichen dafür, dass Wachstum immer seltener zu Arbeitsplätzen führt.

## Ungleichheit trotz Wachstum

Wirtschaftswachstum bedeutet nicht zwangsläufig, dass alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen davon profitieren. Laut dem World Inequality Report haben sich die Einkommensunterschiede zwischen den reichsten 10 % und den ärmsten 50 % der Weltbevölkerung von 1820 bis 2020 mehr als verdoppelt. Zudem variiert die Einkommensungleichheit erheblich zwischen den Regionen: In Europa entfallen etwa 36 % des Gesamteinkommens auf die obersten 10 %, in der MENA-Region dagegen 58 %. Bemerkenswert: das nationale Durchschnittseinkommen sagt wenig über die tatsächliche Verteilung aus. Selbst unter einkommensstarken Ländern gibt es große Unterschiede: Herrscht in den USA ein hoher Grad an Ungleichheit, zeigt Schweden eine vergleichsweise gleichmäßige Verteilung. Das Gleiche gilt für einkommensschwache oder mittlere Länder wie Indien oder Brasilien, die trotz wirtschaftlicher Entwicklung extreme Ungleichheiten aufweisen. Dies verdeutlicht: Ungleichheit ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen. Je nach politischer Ausrichtung, Regulierung und sozialstaatlicher Ausgestaltung fällt die Verteilung des Wohlstands sehr unterschiedlich aus. Ein anschauliches Beispiel liefert Brasilien: Zwischen 2017 und 2022 konzentrierte sich das Einkommenswachstum besonders auf die reichsten 0,1 % der Bevölkerung, rund 150.000 Personen, die ihr Einkommen in diesem Zeitraum nahezu verdoppelten und ein durchschnittliches monatliches Einkommen von etwa 90.000 US-Dollar erreichten. Im Gegensatz dazu verfügten 95 % der Bevölkerung über ein durchschnittliches Monatseinkommen von rund 465 US-Dollar, was einem Anstieg von 33 % entspricht, nur leicht über der Inflationsrate von etwa 30 %.

## Umweltschaden

Wirtschaftswachstum geht mit einem massiv steigenden, langfristig nicht tragbaren Energie- und Ressourcenverbrauch einher: Seit den 1970er Jahren hat sich der globale Ressourcenverbrauch vervierfacht und wird bis 2060 voraussichtlich um weitere 60 % steigen. Auch wurde im globalen Bewertungsbericht von 2019 zu Biodiversität und Ökosystemleistungen geschätzt, dass aufgrund menschlicher Aktivitäten bereits 75 % der Landflächen und 66 % der Meeresgebiete erheblich verändert sind, über 85 % der Feuchtgebiete verloren gingen und rund 1 Million Arten in den kommenden Jahrzehnten vom Aussterben bedroht sein könnten.

## Fazit

Die Kritik am Wirtschaftswachstum fokussiert sich auf drei Hauptpunkte: das Fehlen nachhaltiger Strategien zur Armutsbekämpfung unter Wahrung der Menschenrechte, zunehmende Ungleichheit und ökologische Ausbeutung. Angesichts dessen sollte auch die Entwicklungszusammenarbeit das Wachstumsparadigma kritisch hinterfragen und alternative Wirtschaftsmodelle in Betracht ziehen. Eine solche Alternative ist der von den Vereinten Nationen initiierte Beyond Growth-Ansatz, der ein grundlegendes Umdenken in der internationalen Entwicklungspolitik erfordert. Der Ansatz empfiehlt, soziale Entwicklung und nachhaltiges Wohlergehen stärker zu berücksichtigen und Projekte gezielt darauf auszurichten. Fortschritt sollte nicht nur anhand wirtschaftlicher, sondern auch sozialer und ökologischer Kriterien sowie menschenrechtsbasierter Indikatoren gemessen werden. Ein weiterer zentraler Aspekt dieses Ansatzes ist die Umverteilung zur Verringerung von Ungleichheiten durch progressive Steuersysteme. Die Einnahmen sollen universelle Basisdienstleistungen finanzieren, die für alle unabhängig von wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten zugänglich sind. ■

ISSN 2195-1403 Hinweis: Dieses Papier gibt die Meinung der Autoren wieder und repräsentiert nicht notwendigerweise die Position der KfW.

One Pager